

Niederschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Ortsgemeinde Köngernheim (öffentlicher Teil)

vom 10.12.2013

in Köngernheim, Sickingenhalle, Im Wiesengrund 1

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigt:

Jutta Hoff	Ortsbürgermeisterin und Vorsitzende
Sabine Stauß	1. Beigeordnete und Ratsmitglied
Bernhard Hammer	2. Beigeordneter und Ratsmitglied
Uwe Schmelzeis	Ratsmitglied
Dietrich Landua	Ratsmitglied
Roswitha Hassinger	Ratsmitglied
Claus Bösel	Ratsmitglied und Vorsitzender zu TOP 1
Nikolaus Lauterbach	Ratsmitglied
Maria Horter	Ratsmitglied
Beate Bunn-Torner	Ratsmitglied
Stefan Pforr	Ratsmitglied
Sabine Kunz	Ratsmitglied
Thomas Wohlmuth	Ratsmitglied
Sabine Bender	Ratsmitglied

Entschuldigt:

Norbert Schneider	Ratsmitglied
Armin Grubert	Ratsmitglied
Carsten Dietz	Ratsmitglied

Nicht stimmberechtigt:

Karin Reifschläger	Schriftführung
--------------------	----------------

Für die Verwaltung:

Götz Braun

Fachbereichsleiter FB Finanzen

Die Mitglieder des Gemeinderates der Ortsgemeinde Königernheim waren durch die Einladung vom 29.11.2013 auf Dienstag, den 10.12.2013, 19:30 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Tag, Zeit und Ort sowie Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Die Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladungsfrist keine Einwendungen erhoben wurden.

Der Gemeinderat ist nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Die Vorsitzende ruft das Protokoll der letzten Sitzung des Gemeinderates auf. Es werden keine Änderungswünsche erhoben. Das Protokoll wird einstimmig so genehmigt.

Die Vorsitzende erklärt, dass das Ergebnis der Rechnungsprüfung versehentlich nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Sie beantragt folgende Änderung der Tagesordnung im öffentlichen Teil:

TOP 1 (neu): Jahresabschluss für das Hj. 2012
Entlastung der Verwaltung

Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich dadurch um einen Punkt nach hinten.

Die Mitglieder des Gemeinderates der Ortsgemeinde Königernheim stimmen der beantragten Änderung der Tagesordnung einstimmig zu.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Jahresabschluss für das Hj. 2012
Entlastung der Verwaltung
2. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
3. Buswendeplatz L 425
hier: Vorstellung von zwei Ausführungsvarianten durch das Ing.Büro WSW
mit entsprechender Auswahl und Festlegung auf eine Version
(Vorlagen-Nummer: 06/2013/0024)

4. Baugebiet "Nord-Ost"
5. Antrag FWG-Fraktion
6. Mitteilungen
7. Anfragen
8. Einwohnerfragestunde

K o p i e

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Jahresabschluss für das Hj. 2012
Entlastung der Verwaltung
-

Die Vorsitzende bittet Herrn Bösel als ältestes Ratsmitglied, zu diesem Tagesordnungspunkt den Vorsitz zu übernehmen.

Die Ortsbürgermeisterin und die Beigeordneten rücken vom Beratungstisch ab.

Herr Bösel erklärt, dass am 29.10.2013 der Rechnungsprüfungsausschuss in der Verbandsgemeindeverwaltung in Oppenheim tagte. Er bittet Herrn Wohlmuth, den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses zu Wort.

Herr Wohlmuth führt aus, dass die Rechnungsprüfung unter fachmännischer Anleitung von Herrn Braun stattgefunden habe. Herr Braun habe die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses im Wesentlichen informiert und die einzelnen Ergebnisse dargestellt. Aufgrund der dargelegten Plausibilität habe man einvernehmlich im Ausschuss auf eine Detailprüfung der Kassenbelege verzichtet.

Herr Wohlmuth erklärt, dass in der Ergebnisrechnung ein Jahresfehlbetrag von ca. 130.000,00 € bestehe, in der Finanzrechnung gebe es einen Finanzmittelüberschuss von 37.000,00 €. Der Besitz an Eigenkapital der Ortsgemeinde Königernheim betrage 4,319 Mio €, die ausgewiesene Bilanzsumme betrage 9.042.000,00 €.

Herr Wohlmuth erklärt, dass das Ergebnis im Rechnungsprüfungsausschuss einstimmig zur Kenntnis genommen wurde.

Herr Bösel bittet den Gemeinderat um Zustimmung zum Ergebnis des geprüften Jahresabschlusses 2012.

Die Mitglieder des Gemeinderates der Ortsgemeinde Königernheim stimmen dem Ergebnis des Jahresabschlusses 2012 einstimmig zu.

Herr Bösel bittet weiter um Abstimmung über die Entlastung der Ortsbürgermeisterin und der Beigeordneten sowie des Bürgermeisters der VG Nierstein-Oppenheim und der Beigeordneten.

Der Ortsbürgermeisterin und den Ortsbeigeordneten sowie dem Bürgermeister der VG Nierstein-Oppenheim und dessen Beigeordneten wird gem. § 114 GemO die Entlastung für das Haushaltsjahr 2012 erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

Herr Bösel gibt den Vorsitz zurück an Frau Hoff.

2. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014

Die Vorsitzende erläutert diesen Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation. Sie erklärt, dass bereits im Jahre 2012 die Steuersätze angehoben werden mussten aufgrund der geänderten Nivellierungssätze des Landes Rheinland-Pfalz. Sie erläutert, dass die Gemeinden sich an diese Vorgaben halten müssen, da sonst der Haushalt nicht genehmigt werde und keine Anträge auf Fördermittel gestellt werden können. Sie weist darauf hin, dass anlässlich des Beitritts zum Entschuldungsfonds die Anhebung der Steuersätze erforderlich wurde.

Die Vorsitzende führt aus, dass das Land in diesem Jahr erneut die Nivellierungssätze für die Kommunalhaushalte erhöht habe.

Sie erklärt, dass für die Grundsteuer A und die Gewerbesteuer für Königernheim kein Handlungsbedarf bestehe, mit der Grundsteuer B liege man unter dem Nivellierungssatz, derzeit müsse diese von 350 auf 365 v.H. erhöht werden. Sie erläutert, dass dies für einen Einfamilienhaushalt ca. 9,00 bis 15,00 € jährlich ausmache. Die Vorsitzende weist nochmals darauf hin, dass diese Erhöhung notwendig sei, damit der Haushalt genehmigt werde und Anträge auf Fördermittel gestellt werden können. Sie erklärt, dass dies Konsequenzen habe für die Anträge aus dem Investitionsstock und gegebenenfalls für den Antrag auf Fördermittel aus dem ÖPNV-Projekt für die Buswendeschleife.

Die Vorsitzende erläutert, dass **Investitionen** in den letzten beiden Jahren nicht erforderlich gewesen seien, im Hj. 2014 seien folgende **Investitionen** geplant:

Beschaffung eines Beamers für Kita und Gemeindeverwaltung 900,00 €

Dazu erklärt die Vorsitzende, dass für Präsentationen bisher Beamer von Privatleuten oder Firmen ausgeliehen wurden.

Erzieherinnenstühle, Bücherregal Kita 1.500,00 €

Die Vorsitzende erklärt, dass aus gesundheitlichen Gründen ordentliche Stühle erforderlich seien.

Grunderwerb Kirchgasse 6.000,00 €

Die Vorsitzende erläutert, dass diese Investition erforderlich sei, da der Anteil einer Privatfläche vor Jahren in den Straßenbau mit einbezogen wurde.

Grunderwerb für Buswendeschleife 35.000,00 €

Baumaßnahme Trauerhalle Planungskosten 10.000,00 €

Die Vorsitzende erklärt, dass nach eingehender Beratung der Grundsatzbeschluss zum Neubau einer Trauerhalle in diesem Jahr gefasst wurde. Ein Planungsbüro müsse mit den Planungen beauftragt werden, um Fördermittel beantragen zu können. Die Vorsitzende erklärt, dass diese Investitionen fremdfinanziert werden müssen.

Sie erläutert, dass im Rahmen der **laufenden Unterhaltung**, die mit Kassenkrediten finanziert werden müsse, folgende Vorhaben für 2014 geplant seien:

Beschaffung neuer Innentüren Kita 5.000,00 €
Zweite Ebene Gruppenräume Geländeerhöhung 4.000,00 €

Die Vorsitzende erklärt, dass die bestehende bauliche Anlage zwar vom TÜV abgenommen sei, durch einen Vorfall werde dennoch eine weitere Erhöhung des Geländers notwendig.

Umstellung der gesamten Straßenbeleuchtung laut EU-Forderung auf Natriumdampf Lampen ca. 35.000,00 €

Die Vorsitzende erklärt, dass im letzten Jahr ein Grundsatzbeschluss gefasst wurde, nicht auf LEDs umzustellen, da diese Technik noch nicht ausgereift sei.

Zum **Ergebnishaushalt** (beinhaltet Erträge und Aufwendungen innerhalb des Haushaltsjahres, incl. Abschreibungen, Rückstellungs- und Sonderposten) erklärt die Vorsitzende, dass in diesem Haushalt erkennbar sei, ob die Gemeinde die Aufwendungen für laufende Verpflichtungen durch laufende Erträge decken könne.

Die Höhe der Erträge beziffert die Vorsitzende mit 2.002.863,00 €, die Aufwendungen mit 2.050.691,00 €. Sie erläutert, dass die Gemeinde Königernheim mit einem Fehlbetrag von 47.828,00 € in den roten Zahlen sei, da die Aufwendungen die Erträge übertreffen.

Am Ergebnis des **Finanzhaushaltes** (beinhaltet Ein- und Auszahlungen aus dem laufenden Geschäft, incl. den Zinseinzahlungen und sonstigen Finanzeinzahlungen) erklärt die Vorsitzende, sei die Liquidität der Gemeinde zu erkennen. Mit diesem Haushalt sei man mit 39.070,00 € im Plus. Die Vorsitzende erläutert, dass mit Einnahmen von 1.858.230,00 € und Ausgaben von 1.819.160,00 € zu rechnen sei.

Sie erläutert eine weitere Position im Finanzhaushalt für die Einzahlung von Sonderkosten, z.B. für Grabnutzungsentgelte (5.000,00 €) und als Auszahlung der Invest 2014 von 55.400,00 €. Sie führt aus, dass dieser Invest durch Fremdfinanzierung zu einem Minus von 21.060,00 € führe.

Die Vorsitzende präsentiert weiter die Entwicklung des Schuldenstandes der Gemeinde seit 2002.

Sie erklärt, dass nach einem Schuldenstand von ca. 400.000,00 € im Jahr 2002 und 500.000,00 € im Jahr 2003 ein sprunghafter Anstieg auf ca. 1.064.000,00 € für das Jahr 2004 im Rahmen der Baumaßnahme der Sickingenhalle erfolgte. Ein weiterer Sprung des Schuldenstandes auf ca. 1.214.000,00 € sei im Jahr 2006 erfolgt, obwohl bereits 3 Jahre Schulden getilgt wurden.

Die Vorsitzende erläutert, dass eine Nachfinanzierung der Halle von über 300.000,00 € nötig wurde und dies habe diesen sprunghaften Anstieg des Schuldenstandes im Jahr 2006 verursacht. Sie führt aus, dass in den folgenden Jahren ein allmählicher Schuldenabbau stattgefunden habe, im Jahr 2014 sei man bei einem Schuldenstand von ca. 847.000,00 € für die langfristigen Kredite angekommen, seit 2006 habe die Ortsgemeinde Königernheim 400.000,00 € getilgt.

Die Vorsitzende demonstriert weiter die **Eigenkapitalentwicklung** und Zinsausgaben für Kassenkredite und langfristige Zinsen. Sie weist darauf hin, dass von 2011 bis 2014 ein starker Rückgang der langfristigen Zinsen von ca. 47.500,00 € auf 19.400,00 € zu verzeichnen sei. Sie begründet den Rückgang mit einer Umschuldung auf günstigere Tarife und dem Auslaufen von Krediten.

Herr Braun gibt weitere Erläuterungen dazu.

Die Vorsitzende erklärt, dass die Kassenkreditzinsen die Zinsen für das Überziehungskonto bei der VG darstellen. Sie erläutert, dass es Schwankungen gebe, je nachdem ob das Land pünktlich oder verspätet zahle. Sie führt aus, dass auch hier eine erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen sei und für das Jahr 2014 nur noch 5.500,00 € zu zahlen seien, im Jahr 2010 seien noch 12.000,00 € zu zahlen gewesen.

An einem weiteren Chart präsentiert die Vorsitzende die Aufwendungen für die Sickingenhalle incl. Abschreibung und Auflösung der Sonderposten ohne Zins und Tilgung für die Kredite. Sie beziffert die Aufwendungen mit ca. 103.000,00 € im Jahr, die Einnahmen mit 21.774,00 €.

Die Vorsitzende präsentiert weiter den Teilhaushalt VI und erklärt, dass hier die Steuereinnahmen der Gemeinde dargestellt seien.

Die Gewerbesteuer variere und sei mit 100.000,00 € veranschlagt, davon müsse die Umlage gezahlt werden, für die Grundsteuer A und B gibt die Vorsitzende 123.700,00 € an, für die Hundesteuer 5.700,00 €, für den Landesfinanzausgleich 73.000,00 €, für die Konzessionsabgaben 47.000,00 €. Sie weist darauf hin, dass je mehr Strom, Gas und Wasser von den Bürgern eingespart werde, desto weniger bekomme die Gemeinde als Konzessionsabgabe.

Für die zentralen Finanzdienstleistungen im Verlauf gibt die Vorsitzende als Ertrag 1.081,100,00 € an, als Aufwand 775.550,00 €. Sie erklärt, dass als Gesamtergebnis 280.608,00 € zur Verfügung stehen, um alle Kosten der Gemeinde zu decken. Sie weist darauf hin, dass es im Jahr 2010 zur Zeit der Wirtschaftskrise schlechter aussah, damals habe man nur ca. 155.000,00 € zur Verfügung gehabt.

Auf einem weiteren Chart präsentiert die Vorsitzende die Planergebnisse der einzelnen Teilhaushalte (Ergebnishaushalt) in 2014:

<i>Zentrale Verwaltung</i>	<i>./. 34.139,00 €</i>
<i>Kultur und Tourismus</i>	<i>./. 620,00 €</i>
<i>Soziales, Jugend und Sport</i>	<i>./. 64.338,00 €</i>

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass Königernheim die Kita betreffend von der Zweckvereinbarung mit den Gemeinden Friesenheim und Udenheim klar profitiere, da pro Kind eine Kostenbeteiligung von 800,00 bis 900,00 € berechnet werde. Sie beziffert die Einnahmen aus den beiden Kommunen auf ca. 30.000,00 € jährlich.

<i>Gestaltung der Umwelt</i>	<i>./. 140.904,00 €</i>
------------------------------	-------------------------

Die Vorsitzende erklärt, dass hierzu die Straßenbeleuchtung, Straßenunterhaltung, Entwässerung etc. gehören.

<i>Wifö und kommunale Einrichtungen</i>	<i>./. 88.435,00 €</i>
---	------------------------

Die Vorsitzende erklärt, dass hier die Ausgaben für die Sickingenhalle verbucht werden. Sie erläutert, dass die Finanzierung der einzelnen Teilhaushalte von den 280.608,00 € der zentralen Finanzdienstleistungen erfolgen müsse.

Die Vorsitzende präsentiert weiter die Entwicklung des Gemeindeanteils der Einkommensteuer vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2014. Sie erläutert, dass dieser Anteil im Jahr 2000 33.500,00 € betrug, im Jahr 2009 789.315,00 € und für das Jahr 2014 763.000,00 € geschätzt werden. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Erhöhung des Gemeindeanteils der Einkommensteuer gleichzeitig eine Erhöhung der Umlagen zur Folge habe. Sie demonstriert die Entwicklung der Kreisumlage, die im Jahr 2000 178.700,00 € betrug und für das Jahr 2014 336.000,00 € betrage und sich fast verdoppelt habe.

Sie verweist auf die Entwicklung der VG-Umlage von 234.711,00 € im Jahr 2000 auf 421.000,00 € für das Jahr 2014 und erläutert, dass auch hier fast eine Verdoppelung stattgefunden habe. Die Vorsitzende führt aus, dass die Senkung der Kreisumlage von 351.600,00 € im Jahr 2013 auf 336.000,00 € für das Jahr 2014 daraus resultiere, dass die Fa. Böhringer, Ingelheim, sehr hohe Gewerbesteuern zahle. Dadurch bekomme der Kreis eine sehr hohe Kreisumlage durch Ingelheim. Die neue Koalition aus CDU, FDP und FWG im Kreis habe nun eine Senkung der Umlage beschlossen. Sie führt aus, dass der Haushalt noch nicht genehmigt sei, die Umlage aber um einen Punkt gesenkt werden solle.

Herr Braun bestätigt das.

Abschließend verweist die Vorsitzende auf die Königernheimer Bugwelle, mit der Hoffnung, dass sie sich nicht zum Tsunami vergrößern werde.

Die Ratsmitglieder bedanken sich für die Präsentation.

Während der anschließenden Beratung bemängelt Herr Bösel, dass für die Planung der neuen Friedhofshalle 10.000,00 € in den Haushalt eingestellt wurden, für den Erhalt der alten Halle seien jedoch nur 500,00 € vorgesehen.

Herr Schmelzeis erklärt, dass die vorgestellten Zahlen durch die VG generiert werden. Er erläutert, dass hohe Kosten durch die Sickingenhalle und die Kita verursacht werden, die aber für die Gemeinde notwendig seien. Es sei kein Handlungsspielraum vorhanden, man sei auf Zuschüsse angewiesen, auch mit der Teilnahme am kommunalen Entschuldungsfonds komme man nicht aus den roten Zahlen heraus.

Herr Braun bestätigt, dass trotz Teilnahme am KEF es mit den Gemeinden weiter bergab gehe.

Die Vorsitzende erklärt dazu, dass die Zeitung „Gemeinde und Stadt“, herausgegeben vom Gemeinde- und Städtebund, sich in fast jeder Ausgabe mit der Finanzsituation der Gemeinden beschäftige. An Land und Bund appelliere man immer wieder, dass eine Änderung im kommunalen Finanzausgleich stattfinden solle. Die Vorsitzende äußert, dass nicht alles von oben gefordert werden könne, die geforderte Umstellung der Straßenbeleuchtung koste z.B. allein 35.000,00 €. Sie führt aus, dass seit die Sickingenhalle gebaut wurde, man als Gemeinde vergessen könne, je wieder ins Plus zu kommen.

Frau Bunn-Torner bestätigt, dass die Sickingenhalle für Königernheim von Nutzen sei, aber sie verursache auch sehr hohe Kosten.

Frau Stauß bekräftigt, dass die Halle älter werde und man mit weiteren Sanierungskosten rechnen müsse.

Herr Schmelzeis erklärt, dass die Sickingenhalle Möglichkeiten für Sport und Veranstaltungen biete, sie sei eine Bereicherung für Kögernheim, man könne eine Bewertung nicht nur anhand von Zahlen vornehmen.
Die Vorsitzende bestätigt dies.

Nach weiterer Beratung ergeht folgender **Beschluss**:

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Kögernheim stimmt der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung bei 1 Enthaltung

3. Buswendeplatz L 425
hier: Vorstellung von zwei Ausführungsvarianten durch das Ing.-Büro WSW
mit entsprechender Auswahl und Festlegung auf eine Version
-

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhält jedes Ratsmitglied einen Plan mit der Ausbauvariante 3 als Tischvorlage. Der Plan liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Die Vorsitzende erklärt, dass in der Einladung zwei Ausbauvarianten benannt seien, in der Ausschusssitzung habe man sich jedoch für diese 3. Variante entschieden, die vorab mit dem LBM besprochen wurde. Sie zeigt die vorgesehenen Fahrstrecken mit Wendemöglichkeit für beide Richtungen auf dem Plan. Sie erläutert, dass ursprüngliche Überlegungen verworfen werden mussten, da dies für die ORN einen zu großen Zeitverlust ergeben hätte.

Die Vorsitzende führt aus, dass es bestimmte Auflagen für die Förderfähigkeit gebe, deshalb müsse die Wendeanlage für beide Richtungen gebaut werden. Sie erklärt weiter, dass der ursprünglich vorgesehene Kreisel zur Entschärfung der Verkehrssituation am Römer selbst hätte finanziert werden müssen zu 100 %, da dieser vom Land nicht gefördert werde. Sie führt aus, dass im Rahmen einer Maßnahme des ÖPNV für eine Buswendeschleife 80 % Fördermittel zur Verfügung gestellt würden.

Die Vorsitzende erläutert die Verkehrssituation am Römer und weist darauf hin, dass das Aus- und Einsteigen dort für die Kinder sehr gefährlich sei.

Sie erklärt, dass die enge Struktur des Ortes nicht viel Raum für Planungen zulasse und erläutert, dass mit dieser Fördermaßnahme des Landes eine vernünftige Lösung des Problems gelingen könne.

Die Vorsitzende weist weiter auf einen Fußgängerüberweg hin, der in der Ausschusssitzung angesprochen wurde und nachgebessert werden müsse. Sie erläutert weiter einen Ausfahrtsbereich, der ebenfalls in der Ausschusssitzung mit dem Planer besprochen wurde und optimiert werden müsse. Die Vorsitzende führt aus, dass diese Ergänzung wahrscheinlich nicht im Rahmen der Fördermaßnahme zu machen sei, sondern dann von der Gemeinde übernommen werden müsse. Die Vorsitzende erläutert, dass falls der Rat dieser Variante zustimme, über die VG in Zusammenarbeit mit dem Kreis und dem LBM der Antrag gestellt werden solle. Theoretisch könne die Maßnahme dann bereits im nächsten Jahr zum Tragen kommen.

Herr Wohlmuth erklärt, dass bewusst in diesem frühen Stadium ein Planungsbüro beauftragt wurde Vorschläge zu machen, um die Anregungen des LBM und der ORN mit einzubeziehen. Er weist darauf hin, dass die Verschwenkung der Straße für die technische Planung notwendig sei, auch werde der Verlauf der Entwässerungsgräben vom Planungsbüro überprüft. Er erläutert weiter eine geplante Querungshilfe mit Verkehrsmittelinsel und führt aus, dass aufgrund des zu geringen Verkehrsaufkommens ein Zebrastreifen oder eine Ampelanlage nicht machbar seien.

Herr Bösel erkundigt sich, ob der Grunderwerb im Grundbuch eingetragen sei. Die Vorsitzende versichert, dass für die Gemeinde ein Vorkaufsrecht bestehe.

Herr Bösel bemängelt weitere Wege und eine Verlängerung der Fahrzeit für die Busbenutzer, außerdem führe die Verschwenkung der Straße trotz Querungshilfe zu einer großen Gefahrenstelle.

Frau Bunn-Torner erklärt, dass die Räumlichkeiten in Königernheim sehr begrenzt seien, dies sei die einzige Örtlichkeit, die in Frage komme.

Während eingehender Beratung befürchten Herr Schmelzeis, Herr Bösel und Herr Landua, dass besonders zur Rushhour mit einer Gefahrenerhöhung und zusätzlichen Verkehrsproblemen zu rechnen sei.

Frau Kunz und Frau Stauß halten die Verkehrssituation am Römer für problematischer.

Herr Wohlmuth äußert, dass bewusst ein erfahrenes Planungsbüro mit der Planung beauftragt wurde, die geplante Verschwenkung der Kurve führe dazu, dass sie besser einsehbar sei. Die Verengung der Fahrbahn durch einen Fahrbahnteiler führe eher zur Verlangsamung der Fahrzeuge als zur Beschleunigung.

Er benennt eine strittige Örtlichkeit im Bereich des Wiesengrundes, wo mehrere Straßen und Wege zusammentreffen und erläutert Möglichkeiten, den Verkehr dort zu verlangsamen.

Die Vorsitzende verweist auf problematische Verkehrsbereiche in der Gemeinde Selzen und der Stadt Oppenheim. Sie erklärt, dass es für Königernheim keine Alternative gebe und erläutert die besonders für die Schulkinder gefährliche Verkehrssituation am Römer mit 6 Straßen und einer scharfen Kurve.

Die Vorsitzende fragt Herrn Bösel, was er als Alternative vorschläge.

Herr Bösel antwortet, dass es die Bushaltestelle am Römer seit 50 Jahren gebe, er halte diesen Verkehrsbereich für nicht so gefährlich, die geplante Bushaltestelle sei von Königernheim kommend nicht einzusehen, deshalb halte er diesen Bereich für gefährlicher.

Herr Wohlmuth erklärt dazu, dass er dies anders einschätze. Am Römer müsse man 6 Straßen überqueren. Er führt aus, dass der Römer für Kinder und viele Erwachsene deutlich schwerer zu überqueren sei als die Fahrbahn am geplanten Buswendeplatz mit Querungshilfe und gut einsehbarem Verkehr.

Herr Wohlmuth führt aus, dass die Buswendeschleife auch geplant wurde, um den Verkehr vom Freien Platz wegzulenken, der früher Buswendeplatz gewesen sei.

Die Vorsitzende ergänzt, dass diese Bushaltestelle abgeschafft wurde, weil Gelenkbusse auf dem Freien Platz nicht wenden können.

Herr Wohlmuth erklärt weiter, dass die Gelenkbusse den Verkehr am Römer deutlich mehr beeinträchtigen als die Busse der geplanten Haltestelle, da sie rechts in Buchten parken.

Nach weiterer Beratung erklärt die Vorsitzende, dass erste Gespräche am Römer vor Ort mit dem LBM die Notwendigkeit einer Entschärfung der Verkehrssituation ergeben hätten, weiter gebe es Schreiben des Schulleiterbeirates der Grundschule Undenheim zu diesem Thema und Äußerungen der ORN zur Bussituation am Römer. Sie führt aus, dass man erst aus dieser Notwendigkeit heraus Planungen zur Realisierung einer Buswendeschleife erwogen habe.

Es ergeht folgender **Beschluss**:

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Königernheim beschließt, Variante 3 zu benennen und das Ing.-Büro WSW & Partner mit der Detailplanung dieser Variante und weiteren, daraus resultierenden Maßnahmen zu beauftragen.

Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
3 Enthaltungen

4. Baugebiet "Nord-Ost"

Die Vorsitzende stellt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Variante des Baugebietes „Nord-Ost“ vor mit eingezeichneter Einbahnregelung. Sie erklärt, dass der Presse zu entnehmen war, dass sich der LBM in dieser Angelegenheit unflexibel zeige. Sie erläutert, dass man auf einer aus Selzen kommenden Linksabbiegespur beharre. Sie führt aus, dass eine Linksabbiegespur zu Lasten der Erschließungskosten gehe. Mit geschätzten 175.000,00 € für eine Linksabbiegespur sei das Baugebiet für die Ortsgemeinde und Grundstückseigentümer dann zu teuer.

Die Vorsitzende erklärt weiter, dass Frau Stauß eine Einbahnstraßenregelung vorgeschlagen habe. Sie zeigt die vorgesehene Regelung auf dem Plan. Die Vorsitzende erläutert, dass der LBM befürchte, dass jemand entgegengesetzt zur Einbahnstraßenrichtung fahren könne. Sie führt aus, dass ein potentieller Regelverstoß diese Maßnahme nicht verhindern können sollte.

Die Vorsitzende erklärt, dass nach Beratung mit dem Planer als Beratungsergebnis der Ausschusssitzung empfohlen werde, die Forderung der Einbahnstraßenregelung beizubehalten und zur Not eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes abzuwarten. Die Vorsitzende erläutert, dass auch das Ortseingangsschild Richtung Selzen versetzt werden solle. Man habe ihr mitgeteilt, dass dies an strenge Regeln gebunden sei und erst ab dem Beginn der Bebauung stehen dürfe. Sie erläutert, dass dies nach Abschluss der Bebauung zutreffen werde, man habe aber nach der jetzigen Situation geurteilt.

Die Vorsitzende erläutert verschiedene Möglichkeiten der Ein- und Ausfahrt auf dem Plan.

Nach Beratung ergeht folgender **Beschluss**:

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Königernheim beschließt, die bisherige Planung mit der Einbahnstraßenregelung beizubehalten, auch im Hinblick auf die Ausfahrtsituation Feuerwehr.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

5. Antrag FWG-Fraktion

Die Vorsitzende bittet Herrn Schmelzeis, den Antrag der FWG-Fraktion vorzutragen. Dieser liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Herr Schmelzeis erklärt, dass der Beschluss für Abriss und Neubau der Halle gefasst wurde. Er erläutert, dass ca. 250.000,00 € aus dem Investitionsstock des Landes beantragt werden sollen, es sei jedoch nicht sicher, dass man das Geld bekommen werde. Die FWG-Fraktion stelle deshalb den Antrag, die Halle mit wenig Geld winterfest zu machen. Durch den Antrag habe man zwei neue undichte Stellen im Dach entdeckt, es sei unverantwortlich und man würde gegen das Gemeinwohl handeln, wenn in den kommenden 3 bis 5 Jahren nichts gemacht werde.

Herr Wohlmuth wundert sich, dass Herr Schmelzeis den Antrag nicht vorgelesen habe. Der Antrag beziehe sich ausschließlich auf eine Bauunterhaltungsmaßnahme zur winterfesten Abdichtung des Daches der Trauerhalle und nicht auf eine Infragestellung des getroffenen Grundsatzbeschlusses oder ob man Mittel aus dem Investitionsstock bekomme. Herr Wohlmuth bemängelt weiter, dass der Antrag unvollständig sei. In einem Antrag, der Kosten verursache, müsse ein Finanzierungsvorschlag gemacht und die Kostenstelle benannt werden, die die Kosten zahlen solle, dies sei nicht geschehen. Herr Wohlmuth bestätigt, dass im Dach zwei Fehlstellen hinzugekommen seien, die laut Gutachten temporär kurzfristig mit geringem Aufwand repariert werden können.

Er führt aus, dass auch ihm daran liege, dass die Halle winterfest gemacht werde. Unumstritten sei jedoch, dass diese Halle, die noch gar nicht so alt aber in einem maroden Zustand sei, grundlegende bauliche Mängel aufweise.

Die Vorsitzende erklärt, dass sie nach Eingang des Antrages über die formalen Mängel hinweggesehen und trotzdem den Antrag zugelassen habe. Parallel dazu habe sie jedoch Herrn Husch gebeten zu überprüfen, ob das Dach winterfest sei.

Die Vorsitzende verliest das Antwortschreiben des Herrn Husch. Es liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Die Vorsitzende hält fest, dass kein Handlungsbedarf bestehe. Sie weist darauf hin, dass das Dach nicht das Problem der Halle sei, die Bimssteine an der Wetterseite seien faul und ein Riss sei in der Betondecke. Die Vorsitzende gibt weitere Erläuterungen zum Zustand der Halle. Sie erklärt, dass die FWG-Fraktion die Halle um jeden Preis erhalten wolle. Sie erläutert, dass Ende der 90er-Jahre 80.000,00 € zur Sanierung ausgegeben wurden, der Zustand der Halle habe sich jedoch nicht verbessert.

Herr Schmelzeis gibt zu bedenken, dass der Gutachter ausgesagt habe, dass das Dach noch ein- bis zweimal geflickt werden könne, danach müsse über eine Zwischenlösung nachgedacht werden. Er erläutert, dass nicht sicher sei, ob man Fördermittel bekomme, deshalb müsse jedes Jahr mit wenig Geld ein bisschen gemacht werden. Er führt aus, dass in den letzten Jahren 5.000,00 € für Unterhaltungsmaßnahmen im Haushalt eingestellt waren.

Die Vorsitzende erklärt, dass die 5.000,00 €, die ab 2009 in den Haushalt eingestellt wurden, für eine Planung und ein Gesamtkonzept gedacht waren.

Herr Hammer erklärt, dass die Halle durch Baufehler der Vergangenheit geschädigt sei. Wie der Gutachter bestätigt habe, komme die Feuchtigkeit von unten, ein neues Dach ändere daran nichts.

Frau Kunz äußert, dass das Thema bereits ausführlich beraten wurde, nur eine Kernsanierung mache Sinn, alles andere sei Geldverschwendung.

Herr Bösel erklärt, dass er dem Haushaltsplan nicht zugestimmt habe, da für den Erhalt der Friedhofshalle nur 500,00 € in den Haushalt eingestellt wurden. Er erläutert, dass die Halle ein massiver Betonbau sei. Sei das Dach nicht dicht, sei es logisch, dass auch die Wände nass würden.

Herr Wohlmuth erklärt, dass die Halle in so schlechtem Zustand sei, weil die Horizontalsperre fehle. Er erläutert, dass dies von einem vereidigten Sachverständigen festgestellt wurde, der Fehler sei bereits bei der Bauaufsicht gemacht worden, weil dies nicht kontrolliert wurde. Er führt aus, dass der Grundsatzbeschluss gefasst sei, deshalb sei es Zeitvergeudung, hier weiter zu diskutieren.

Nach weiterer Beratung beantragt Herr Lauterbach, über den vorliegenden Antrag der FWG-Fraktion abzustimmen.

Die Vorsitzende fügt als Ergänzung hinzu, dass bevor das Gutachten erstellt wurde, die Feuerwehr dreimal das Dach bewässert habe, es sei kein Tropfen durchgekommen.

Die Vorsitzende stellt als Gemeindeverwaltung den Erweiterungsantrag, dass die zwei kleinen hinzugekommenen Mängel im Dach von Herrn Husch behoben werden sollen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

Anschließend wird über den Antrag der FWG-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

6. Mitteilungen

Die Vorsitzende informiert zu folgenden Themen:

- **Kita**

Personal- und Sachkostenzuschuss für das Hj. 2012
aus Friesenheim 18.239,00 €
aus Selzen 2.605,00 €
aus Udenheim 11.725,00 €

Betreuungsbonus

Die Vorsitzende informiert, dass für das Jahr 2012 für 14 zweijährige Bonuskinder ein Betreuungsbonus von 6.410,00 € von der Kreisverwaltung erstattet wurde.

- **Blitzanlage in 30er-Zone in der Gaustraße**

Die Vorsitzende erläutert ausführlich die Ergebnisse der Auswertungen. Sie hält fest, dass in einer 50 km/h-Zone gegenüber einer 30 km/h-Zone 20 km schneller gefahren werde und damit die Aussage widerlegt werde, dass Tempo 30 nichts bringe.

7. Anfragen

Herr Schmelzeis erklärt, dass die Straße von Königernheim nach Selzen in einem sehr schlechten Zustand sei. Er erkundigt sich, ob die Vorsitzende in Erfahrung bringen könne, ob eine Erneuerung oder Verbesserung geplant werde.

Die Vorsitzende antwortet, dass die Landesstraße in den Landeshaushalt eingestellt werden müsse. Da das Land kein Geld habe, werde immer nur ausgebessert. Sie hoffe, dass im Rahmen der Koalitionsverhandlungen mehr Geld für den Straßenbau bereitgestellt werde, denn ein Sanierungsstau räche sich. Sie erklärt weiter, dass sie diesbezüglich nachfragen werde.

Die Vorsitzende führt aus, dass im kommenden Jahr im Bereich Judenpfad über eine Straßendeckensanierung beraten werden müsse.

8. Einwohnerfragestunde

Herr Husch bemerkt, dass für Grunderwerb im Rahmen der Buswendeschleife 35.000,00 € in den Haushalt eingestellt wurden. Er erkundigt sich, wie diese Kosten zusammenkommen.

Die Vorsitzende antwortet, dass darin alle Nebenkosten für Vermessung, Notar etc. enthalten seien.

Herr May erkundigt sich, wie die Planungen bezüglich des Neubaugebietes weitergehen.

Die Vorsitzende antwortet, dass der Ratsbeschluss vorliege, dass der Gemeinderat der Gemeinde Königernheim die Planungen mit Einbahnstraßenregelung bevorzuge und aufrechterhalte. Sie erläutert, dass falls der LBM das ablehne, dagegen geklagt werden solle.

Herr Husch erkundigt sich, ob mit den betroffenen Anwohnern das Neubaugebiet betreffend gesprochen wurde.

Die Vorsitzende antwortet, dass Einwände offiziell angemeldet werden müssen. Es habe vier Wochen lang eine Offenlegung gegeben und diese Fristen müssen eingehalten werden, einige Bürger hätten sich geäußert.

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für ihr Interesse.

Die Vorsitzende

(Jutta Hoff)
Ortsbürgermeisterin

Der Vorsitzende
zu TOP 1

(Claus Bösel)

Die Schriftführerin

(Karin Reifschläger)